

Redebeitrag bei der Kundgebung vor dem IZH am 3.10.2020 in Berlin von Ulrike Becker, Sprecherin STOP THE BOMB Kampagne

Liebe Freundinnen und Freunde,

vielen Dank für die Einladung und die Organisation dieser Kundgebung. Es ist sehr gut, dass wir heute gegen das „Islamische Zentrum Hamburg“ (IZH) mit der Unterstützung von zwei Politiker*innen aus Hamburg demonstrieren, mit Christoph de Vries aus der CDU und Gudrun Schittek von den Grünen. Damit erhält das Thema „IZH“ endlich die Aufmerksamkeit, die es verdient und die notwendig ist: in der Mitte der Gesellschaft.

Zuvor waren iranische Oppositionelle, die durch das IZH eingeschüchtert wurden, sehr lange mit ihrer Kritik und ihrer Angst vor dem langen Arm des Terror-Regimes im Iran allein.

Wir demonstrieren gegen das IZH, weil es aus der Islamischen Republik Iran gesteuert wird und seine Ideologie hier propagiert. Diese Ideologie entspricht vollständig den Positionen des Regimes im Iran und seiner islamistischen Elite: Sie ist antiwestlich, antisemitisch, frauenfeindlich, homophob und aggressiv.

Es ist eine Ideologie, die im Iran nur noch unter dem Einsatz massiver staatlicher Repression aufrechterhalten werden kann. Nur mit Terror kann sich das Regime gegen die eigene Bevölkerung behaupten. Die Diktatur in Teheran befindet sich quasi in einem Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Zu diesem Krieg gehört auch, oppositionelle Stimmen bis in das Ausland zu verfolgen, also auch hier in Hamburg.

Regime des Staatsterrorismus

Das IZH in Hamburg kann nicht für sich in Anspruch nehmen, die Schiit*innen im Iran oder in Deutschland zu repräsentieren. Es repräsentiert vielmehr ein Regime des staatlichen Terrors und der Repression.

Seit der Etablierung der Islamischen Republik Iran gab es immer wieder Proteste im Iran - gegen die Korruption, gegen Misswirtschaft und Diktatur und gegen den islamistischen Tugendterror, mit der Frauen und Minderheiten unterdrückt wurden.

Die Islamische Republik reagierte immer ausschließlich mit Gewalt und mit brutalen Hinrichtungswellen auf Proteste und Oppositionelle. Alle 10 Jahre fanden diese Terror- und Säuberungswellen statt. Alle 10 Jahre wurde eine neue Generation von demokratischen Stimmen ausgeschaltet.

Dies begann direkt nach der Revolution 1979. Schon im Jahr 1979 demonstrierten Millionen von Frauen und auch Männern im Iran zum Beispiel gegen den Schleierzwang, aber auch gegen andere Aspekte des islamistischen Regimes. Im Verlauf der ersten Jahre wurden alle kritischen Stimmen entweder hingerichtet, verhaftet oder ins Exil getrieben.

10 Jahre später, im Sommer 1988, erließ der oberste Führer der Islamischen Republik Iran ein Dekret, mit dem mehrere Tausende politische Häftlinge zum Tode verurteilt wurden. Fast 4.500 Fälle sind dokumentiert, in denen Menschen ohne rechtsstaatliches Verfahren hingerichtet wurden, doch die realen Zahlen der Hinrichtungen sind wahrscheinlich um ein Vielfaches höher. Die Massenhinrichtungen traf vor allem die Volksmujaheddin, aber auch Linke und atheistische Menschen. Während die Mujaheddin einfach hingerichtet wurden, wurde den Linken im Gefängnis die Frage gestellt: Bist Du eine gläubige Muslimin? Wurde die Frage verneint, bedeutete das ebenfalls die Hinrichtung.

Wieder 10 Jahre später, im Juli 1999, kam es zu breiten Protesten von Studierenden. Auslöser war die Schließung einer reformorientierten Zeitung. Nachdem Sicherheitskräfte äußerst brutal gegen die Protestierenden vorgegangen waren, weiteten sich die Proteste von Teheran auf das ganze Land aus. Die starke Repression führte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, zu Straßenschlachten zwischen Studierenden und paramilitärischen Sicherheitskräften.

2009 demonstrierten Millionen Menschen in Teheran. An der Spitze standen junge Frauen, die grüne Bänder trugen. Die Proteste, die sich vor allem gegen den Wahlbetrug richteten, gingen als „grüne Revolution“ in die Geschichte ein. Auch diese Proteste wurden brutal und blutig niedergeschlagen.

Ende 2019 fanden die größten Proteste im Iran seit Jahrzehnten statt. Sie wurden mit äußerster Brutalität niedergeschlagen. Reuters berichtete, dass 1.500 Menschen getötet wurden. Mehrere Tausend Menschen sitzen im Gefängnis und es besteht die große Gefahr, dass sie gefoltert werden. Politische Gefangene bekommen keinen Schutz gegen die Corona-Pandemie. Gefangene werden ohne rechtsstaatliches Verfahren zur Todesstrafe verurteilt und auch hingerichtet. Viele der politischen Gefangenen werden wochen-, monate- oder jahrelang inhaftiert allein deshalb, weil sie an einer Demonstration teilgenommen haben. Acht Menschen sind zum Tode verurteilt worden nach der Teilnahme an Demonstrationen. Der bekannteste Fall war der Ringer Navid Afkari, der im September 2020 ermordet wurde.

Die Islamische Republik Iran versteckt ihr staatsterroristisches Vorgehen und ihre Hinrichtungspolitik nicht, wenn auch die konkreten Umstände und Hintergründe der Hinrichtungen verfälscht und verschleiert werden. Hinrichtungen finden in aller Öffentlichkeit statt. Im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl führt Iran weltweit in der Hinrichtungsstatistik: Das Land ist Hinrichtungsweltmeister.

Unter den Hingerichteten sind auch politische Oppositionelle. Und vor den Augen der Welt haben die iranischen Revolutionsgarden im November 2019 auf friedliche Demonstrant*innen geschossen, auf der Straße und sogar von Hubschraubern aus mit Maschinengewehren. Das iranische Regime terrorisiert seit Monaten politische Gegner mit einer Welle von Todesurteilen und Hinrichtungen.

Tausende wurden in die Folterkeller des Regimes verschleppt. Die bekannte Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh trat in einen 45-tägigen Hungerstreik gegen die Haftbedingungen für

politische Gefangene, die keinen Schutz vor der Covid-19 Pandemie erhalten. Sie schwebte zeitweise in Lebensgefahr.

Das iranische Regime terrorisiert seit Monaten politische Gegner mit einer erneuten Welle von Todesurteilen und Hinrichtungen. Die Hinrichtung des Ringers Navid Afkari war eine brutale Machtdemonstration des Regimes. Sie ist eine unverhohlene Drohung an die iranische Bevölkerung: Wer sich an Protesten gegen das Regime beteiligt, muss mit seiner Ermordung rechnen.

Die Ermordung sollte auch ein weiteres deutliches STOPP-Schild für alle diejenigen sein, die für eine Partnerschaft mit dem Iran eingetreten sind: Was für eine Partnerschaft mit Vertretern eines Regimes ist möglich, die Andersdenkende foltern, auspeitschen, einsperren und hinrichten lassen?

Und was für Argumente gibt es dafür, mit einem Außenposten dieses Regimes, einen Staatsvertrag aufrecht zu erhalten?

Die Idee eines Dialogs mit dem Iran ist gescheitert und muss beendet werden – auch mit seinen Hilfsinstitutionen hier in Deutschland.

Doch diese Idee ist noch immer tief verankert im politischen Diskurs, und die Oppositionellen, die wirksamen Druck auf das Regime fordern, werden allein gelassen.

Schon nach den Massenhinrichtungen 1988 gab es den Versuch iranischer Oppositioneller, eine breitere Unterstützung im Ausland zu bekommen. Die Mütter der hingerichteten politischen Gefangenen nannten sich „Mütter von Khavaran“, nach dem Friedhof Khavaran, wo die Hingerichteten in Massengräbern liegen. Sie haben ihre Anklagen gegen die Massenhinrichtungen von politischen Gefangenen auch im Ausland publik gemacht. Aber sie haben viel zu wenig Unterstützung erhalten.

Es gibt ein unheimliches Schweigen in Deutschland, wenn es um Menschenrechte im Iran geht. Hierzulande verschließt man noch immer die Augen gegenüber der antisemitischen, islamistischen, frauenfeindlichen, homophoben und aggressiven Ideologie.

Die Scheu, radikale Moscheevereine zu kritisieren, wird teilweise mit dem Hinweis begründet, dass Muslim*innen hierzulande Rassismus ausgesetzt sind. Die Tatsache, dass es Rassismus in Deutschland gibt, der sich auch gegen Muslim*innen richtet, und der bekämpft werden muss, darf aber keine Ausrede dafür sein, dass man sich mit dem Regime im Iran oder einem seiner Außenposten gemein macht.

Wer am Dialog mit dem IZH festhält, positioniert sich auf der Seite des staatsterroristischen Regimes, das Frauen für Jahrzehnte ins Gefängnis wirft, die ihr Kopftuch für ein Youtube-Video ausziehen.

Wer am Dialog mit dem IZH festhält, stellt sich auf die Seite von Korruption und Misswirtschaft im Iran und radikale gesellschaftliche Ungleichheit.

Gegen diese Zustände protestieren im Iran Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen. Sie fordern das Ende des Regimes, sie kritisieren den Revolutionsexport und einige positionieren sich auch gegen den Islam. Frauen jeglichen Alters legen ihren Schleier ab. Diese Bilder, die wir über die sozialen Medien sehen können, zeigen der Weltöffentlichkeit, dass der Wunsch nach Freiheit nach 40 Jahren islamistischer Herrschaft stärker ist denn je.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat sich von den Werten der islamischen Revolution abgewandt. Junge Menschen feiern Partys, trinken Alkohol und kleiden sich westlich, aber sie wollen auch Demokratie und Mitbestimmung. Die iranische Opposition braucht unsere Hilfe. Wir müssen alles tun, um sie zu unterstützen.

Dazu ist es wichtig, dass wir – die Organisationen der Zivilgesellschaft, aber auch der Hamburger Senat und die Bundesregierung, dass alle Demokrat*innen und Demokraten öffentlich Solidarität aussprechen. Es muss klar sein: Wir stehen an der Seite der Freiheitsbewegung im Iran.

Im Gegensatz dazu steht das IZH für die Ideologie der Mullahs. Das IZH strebt danach, einen Beitrag für die Verbreitung der islamistischen Ideologie schiitischer Prägung im Ausland zu leisten. Zu diesem Zweck sind Funktionäre des IZH beispielsweise beteiligt an der Organisation des Al Quds Tages.

Funktionäre des IZH beteiligen sich aber auch an der Einschüchterung von Oppositionellen im Ausland, wie es zuletzt ein Film des Teams von „Welt online“ gezeigt hat.

Das IZH stellt als Außenstelle des iranischen Regimes nicht nur eine Gefahr für Oppositionelle dar, sondern verbreitet auch die antisemitische Propaganda des Regimes.

Mit dem Quds-Tag, einem internationalen Kampftag gegen Israel, der nach der iranischen Revolution 1979 eingeführt wurde, werden auch in Deutschland antisemitische Verschwörungstheorien gegen Juden verbreitet und es wird für die Vernichtung Israels geworben.

Stop the Appeasement

Deutsche Politiker*innen müssen sich entscheiden, auf welcher Seite sie stehen. Sie müssen aufhören, auf das iranische Regime zu setzen und endlich einen Dialog mit den iranischen Menschen beginnen, im Iran und auch hier im Exil. Und zwar auch im wohlverstandenen Eigeninteresse.

Bisher geschieht das aber nicht. Als der Ringer Navid Afkari ermordet wurde, war es alleine die Menschenrechtsbeauftragte Bärbel Kofler, die sich mit einem vorsichtigen Statement an die Presse wandte. Außenminister Maaß und Bundeskanzlerin Merkel schwiegen. Dieses Schweigen ist beschämend.

Die Politik der Bundesregierung zeigt die Unfähigkeit, aber auch die Unwilligkeit, die Realitäten zu erkennen. Die Unfähigkeit und Unwilligkeit, den islamistischen und antisemitischen Charakter des iranischen Regimes zu erkennen, und das eigene Handeln danach auszurichten.

Das IZH muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Es ist ein „Brückenkopf des iranischen Regimes nach Deutschland und Europa“.

Wir demonstrieren hier deshalb gegen das IZH, aber auch gegen die Politik der Stadt Hamburg, die am Staatsvertrag mit IZH festhält. So kann das IZH immer weiter an Legitimität in der Öffentlichkeit gewinnen und wie heute, am Tag der offenen Moschee, als Ort der Begegnung Offenheit und demokratische Legitimität vortäuschen.

Auch die öffentlichen Statements des IZH gegen moderate Muslime und gegen Homosexuelle sind eine offene Drohung, die absolut ernst genommen werden müssen. Eine Kooperation mit Verbänden, die vom Iran beeinflusst werden, fördert nicht die Demokratie, sondern gefährdet sie, indem sie für die undemokratische, islamistische, frauenverachtende, homophobe und antisemitische Ideologie des Regimes Akzeptanz schafft.

Wir protestieren hier gegen diese Kollaboration mit dem Islamismus und Antisemitismus. Der Staatsvertrag mit dem IZH muss aufgekündigt werden.

Die Zukunft gehört nicht den Islamisten mit ihrer Leugnung des Holocaust, mit ihrer Folter gegen Andersdenkende, mit den Auspeitschungen, Steinigungen und den Vernichtungsdrohungen gegen Israel.

Die Zukunft gehört denjenigen, die im Iran und im Exil für einen demokratischen Wandel kämpfen. Deshalb ist ganz klar: Wir fordern:

Keine Unterstützung des iranischen Regimes und seiner Brückenköpfe sowie eine Auflösung des Staatsvertrages mit dem IZH.

Jede Unterstützung für diejenigen, die im Iran für Freiheit und einen demokratischen Wandel kämpfen.